

Name:
Adresse:

Datum:

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

das Schicksal zahlreicher ehemaliger **Ortskräfte**, die mit der deutschen Bundeswehr während des Afghanistan-Einsatzes kooperiert haben und nun von den Taliban verfolgt werden, erfüllt mich mit größter Sorge. Bedroht sind auch viele **Angehörige der afghanischen Zivilgesellschaft**, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben und daher die Rache der Taliban fürchten. Wiederholt kam es bereits zu brutalster Repression des nun herrschenden Regimes.

Nachdem die vorherige Bundesregierung ab Sommer 2024 keine weiteren Zusagen für Evakuierungen ausgesprochen hatte, gab es Berichte, dass die amtierende Bundesregierung sogar bereits im Rahmen der **Bundesaufnahmeprogramme** getroffene Zusagen zurücknehmen wird. Bis zu **2.600 Personen**, Ortskräfte und Angehörige der Zivilgesellschaft mit ihren Familien, haben sich im Vertrauen auf Evakuierung nach Pakistan begeben. Aus Pakistan könnten sie jederzeit nach Afghanistan abgeschoben werden. Dort drohen ihnen Folter und Mord, ihren Kindern droht die Zwangsverheiratung. Pakistan muss daher aufgefordert werden, die Menschen nicht auszuweisen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vereinzelt aufgekommene Sicherheitsbedenken bezüglich bestimmter Personen bzw. deren Angehöriger dürfen nicht pauschal zur Rücknahme aller Evakuierungszusagen führen. Ich bitte Sie, die Menschen vor unmenschlicher Behandlung zu bewahren. Deutschland sollte seine eingegangenen Verpflichtungen unbedingt einhalten. Der Westen beklagt vielfach die fraglich gewordenen Schutzzusagen durch die USA und ist im Wettbewerb mit aggressiv-imperialistischen Diktaturen wie Russland auf Zusammenarbeit mit dem „globalen Süden“ fundamental angewiesen. Viele Hoffnungen ruhen international auf Deutschland, die freie Welt – mit Geltung der Menschenrechte – zu repräsentieren. Neben den zu erwartenden menschlichen Tragödien wäre es ein verheerender Verlust an Ansehen Deutschlands, wenn es Menschen, die direkt oder mittelbar mit der Bundeswehr kooperiert haben, seinerseits den Schutz vor einem Terror-Regime verwehrt. Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, die ehemaligen Kooperationspartner nicht im Stich zu lassen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, die Zusagen und die Aufnahmeprogramme nicht zurückzunehmen und alle gebotenen Schritte zu veranlassen, um die Menschen zu evakuieren.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten der Betroffenen unternommenen Anstrengungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Name:
Adresse:

Datum:

**Herrn Vorsitzender der SPD
Lars Klingbeil
Stellvertreter des Bundeskanzlers
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin**

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

das Schicksal zahlreicher ehemaliger **Ortskräfte**, die mit der deutschen Bundeswehr während des Afghanistan-Einsatzes kooperiert haben und nun von den Taliban verfolgt werden, erfüllt mich mit größter Sorge. Bedroht sind auch viele **Angehörige der afghanischen Zivilgesellschaft**, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben und daher die Rache der Taliban fürchten. Wiederholt kam es bereits zu brutalster Repression des nun herrschenden Regimes.

Nachdem die vorherige Bundesregierung ab Sommer 2024 keine weiteren Zusagen für Evakuierungen ausgesprochen hatte, gab es Berichte, dass die amtierende Bundesregierung sogar bereits im Rahmen der **Bundesaufnahmeprogramme** getroffene Zusagen zurücknehmen wird. Bis zu **2.600 Personen**, Ortskräfte und Angehörige der Zivilgesellschaft mit ihren Familien, haben sich im Vertrauen auf Evakuierung nach Pakistan begeben. Aus Pakistan könnten sie jederzeit nach Afghanistan abgeschoben werden. Dort drohen ihnen Folter und Mord, ihren Kindern droht die Zwangsverheiratung. Pakistan muss daher aufgefordert werden, die Menschen nicht auszuweisen.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, vereinzelt aufgekommene Sicherheitsbedenken bezüglich bestimmter Personen bzw. deren Angehöriger dürfen nicht pauschal zur Rücknahme aller Evakuierungszusagen führen. Ich bitte Sie, die Menschen vor unmenschlicher Behandlung zu bewahren. Deutschland sollte seine eingegangenen Verpflichtungen unbedingt einhalten. Der Westen beklagt vielfach die fraglich gewordenen Schutzzusagen durch die USA und ist im Wettbewerb mit aggressiv-imperialistischen Diktaturen wie Russland auf Zusammenarbeit mit dem „globalen Süden“ fundamental angewiesen. Viele Hoffnungen ruhen international auf Deutschland, die freie Welt – mit Geltung der Menschenrechte – zu repräsentieren. Neben den zu erwartenden menschlichen Tragödien wäre es ein verheerender Verlust an Ansehen Deutschlands, wenn es Menschen, die direkt oder mittelbar mit der Bundeswehr kooperiert haben, seinerseits den Schutz vor einem Terror-Regime verwehrt. Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, die ehemaligen Kooperationspartner nicht im Stich zu lassen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, die Zusagen und die Aufnahmeprogramme nicht zurückzunehmen und alle gebotenen Schritte zu veranlassen, um die Menschen zu evakuieren.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten der Betroffenen unternommenen Anstrengungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung